

**Stellungnahme der VERBUND AG
zum Entwurf der
Verordnung der Regulierungskommission der E-Control, mit der die
Systemnutzungsentgelte-Verordnung 2012 geändert wird
(SNE-VO 2012 - Novelle 2017)**

Hauptanliegen von VERBUND:

- Entlastung der Stromerzeuger von Netzentgelten
- Keine tarifliche Doppelbelastung von Pumpspeichieranlagen
- Stärkere Berücksichtigung des Verursacherprinzips bei der Regelenergieverrechnung

Anmerkungen von VERBUND:

Die SNE-VO 2012 - Novelle 2017 setzt die erhebliche Belastung der Erzeugung mit Netzegebühren nicht nur fort sondern steigert sie insbesondere im Bereich der Pumpspeicher noch weiter. Dies ist – wie bereits oftmals dargestellt – schädlich für die österreichische Energiewirtschaft, negiert die große Bedeutung der Pumpspeicher für die Energiewende, insbesondere die Aufrechterhaltung der Systemstabilität und die Integration der volatilen Erneuerbaren ins Energiesystem, verringert die Investitionsmöglichkeiten der Energieversorgungsunternehmen und wird sich letztlich auch negativ auf die Verbraucher auswirken.

Der nun vorliegende Entwurf zur Novelle 2017 der SNE-VO 2012 erhöht, vor dem Hintergrund der hinlänglich bekannten krisenhaften Verwerfungen in der Branche, die bereits bestehende übermäßige Kostenbelastung der Kraftwerksbetreiber (G-charge) nochmals. Besonders hervorzuheben ist hier die Anhebung der Arbeitskomponente des Netznutzungsentgelts für Pumpspeicherkraftwerke wie auch die der Regelreserve um über 13%.

Die seit 1. Jänner 2009 bestehende Doppelbelastung der Pumpspeicherkraftwerke mit Netzentgelten sollte grundsätzlich reformiert werden, wirkt sich diese doch negativ auf das Energiesystem aus und honoriert nicht den positiven Beitrag von Pumpspeichern zur Systemstabilisierung und Integration der volatilen Erneuerbaren. Pumpspeicher sollten vielmehr von entnehmerseitigen Netzentgelten befreit und eine Harmonisierung der Wettbewerbsbedingungen innerhalb Europas angestrebt werden. Die nun geplante Tarifierhöhung ist definitiv ein Schritt in die falsche Richtung und verschlechtert zudem die Wettbewerbsposition gegenüber den Nachbarländern weiter.

Jedenfalls muss die in Aussicht gestellte Reform der Tarifstruktur (Tarife 2.0) Verbesserungen für die österreichischen Kraftwerksbetreiber bringen, einerseits um Chancengleichheit mit ausländischen Erzeugern zu gewährleisten, andererseits um der sich abzeichnenden Entwicklung auf EU-Ebene beim Network Code Balancing Genüge zu tun.

Die derzeit übermäßige und zudem kaum verursachungsgerechte Belastung der Erzeugung mit Systemdienstleistungsentgelt stellt hier einen Ansatzpunkt dar. Durch eine gänzliche, jedenfalls aber erheblich stärkere Zurechnung dieser Kostenposition auf die Bilanzgruppen könnte die derzeit sachlich wenig fundierte Regelung (Fixverteilung zwischen Erzeugern und Bilanzgruppen von 78:22) entsprechend reformiert werden – dadurch würde man dem Prinzip der Verursachungsgerechtigkeit entsprechen, das Ausgleichsenergiepreissystem unattraktiver für potenzielle Spekulation machen, einen Anreiz zur Verbesserung der Prognosegenauigkeit liefern und die Regelenergiekosten für das Gesamtsystem erheblich senken.

Aufgrund der zuletzt vorgenommenen Verbreiterung des Pools an Regelenergieanbietern läuft auch das seinerzeit in den Erläuterungen zur SNT-VO 2010 angeführte Argument, dass *„das Ausmaß der Sekundärregelleistungsbereithaltung ... in direktem Zusammenhang zur Erzeugung steht, weshalb es gerechtfertigt ist, die dafür entstehenden Kosten den Erzeugern anzulasten“* immer mehr ins Leere. Die Entwicklung von intelligenten Steuerungs- und Pooling-Konzepten hat zu einer rapide steigenden Anzahl an Marktteilnehmern und zu einer technologischen Vielfalt an den Regelreservemärkten geführt. Neben Kleinspeisern aus

dem erneuerbaren Bereich sind es insbesondere Verbraucher, die mittlerweile mit der Bereitstellung ihrer Flexibilitäten auf diesen Märkten auftreten und davon profitieren.

Hinzu kommt die seit Juli 2016 bestehende Kooperation bei der Sekundärregelreserve zwischen Österreich und Deutschland. Seither können die jeweiligen Regelzonenführer - nach dem Prinzip der Merit Order - auch Anlagen im Nachbarland zur Deckung des eigenen Regelenergiebedarfs aktivieren. Die Argumentation in den Erläuterungen zum EIWOG 2010 *„da Erzeuger einerseits Anbieter von Sekundärregelung in Form von Leistungs- und Arbeitspreis sind und andererseits das Systemdienstleistungsentgelt aufbringen, entsteht ein Anreiz, das Systemdienstleistungsentgelt über niedrige Leistungspreisangebote zu Lasten der Arbeitspreise und der Ausgleichsenergiekosten, die von den Bilanzgruppenverantwortlichen gezahlt werden, niedrig zu halten“* unterstellt einen in sich geschlossenen, stark oligopolistisch geprägten Markt. Dem intrinsischen Vorwurf ungenügenden Wettbewerbs wurde mit der Aufnahme vorgenannter zwischenstaatlicher Kooperation nun jegliche Grundlage entzogen, ist doch nun ein klarer wettbewerblicher Anreiz gegeben und somit das Argument für die damals gewählte Kostenzuordnung obsolet.

Kontakt:

Wien, November 2016

VERBUND AG
Mag. Roland Langthaler
Am Hof 6a, 1010 Wien
Tel: +43 (0)50313-53116
e-mail: roland.langthaler@verbund.com
www.verbund.com